



De Rude Pooz

Stadtteilzeitung der DKP Köln Innenstadt



März 2018

www.dkp-koeln.de

Trajanstraße 10 & Monopoly in der Schillingstraße

Es schneit, es ist kalt, die Straße glatt. 80 Menschen protestieren am 6. Februar vor der Trajanstraße 10 in der Südstadt. Sie folgen einem Aufruf der Initiative „Recht auf Stadt“. 22 Mieter im „Haus Baden“ haben die Kündigung erhalten.

Die Demonstranten fordern die Rücknahme der Kündigungen. Es sprechen die betroffenen Mieterin Ellen Hübner, 70 Jahre, Rentnerin, Kalle Gerigk von „Recht auf Stadt“ Andreas Hupke (Grüne), Bezirksbürgermeister der Innenstadt sowie Michael Scheffer, Bezirksvertreter von der Linkspartei.

Scheffer erinnert an die antifaschistische Schriftstellerin Irmgard Keun, die in diesem Haus gewohnt hat. Zufällig hätte sie heute Geburtstag gehabt.

19. Februar Mahnwache von „Recht auf Stadt“. Wo im Agnesviertel die Straßen eng, die Häuser hoch und freie Parkplätze selten sind, residiert die Unternehmensgruppe Haus Baden. Nach

eigenen Angabe ein „Unternehmen mit Herz“. Haus Baden gehören in Köln und dem angrenzenden Umland 53 Häuser mit insgesamt 2.537 Wohnungen sowie zwei Objekte für Büros und Gewerbe.

„Der Schwerpunkt liegt auf 1- und 2-Zimmer-Apartments für Senioren, Behinderte, Alleinstehende und Paare“ heißt es auf der Homepage. Dort wird

Weitere Inhalte dieser Ausgabe:

- Fahrverbote in Köln
- TiSA - Angriff auf öffentliche Daseinsvorsorge und Arbeitnehmerrechte
- Große Koalition 3.00

auch die Geschichte des Kölner Unternehmens seit dem 1. März 1946 geschildert. „Dr. Albert Speck wollte den vielen obdachlos gewordenen Domstädtern nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs möglichst schnell wieder ein Heim zur Verfügung

Haus Baden: „Wir mussten kündigen.“ Denn: „Bei durchaus realistischen 18 Euro pro Quadratmeter hätten wir Mehreinnahmen von 172.000 Euro pro Jahr“.

Der Bestand an Sozialwohnungen in Köln sinkt stetig. Gleichzeitig steigen die Mieten. Gebaut wird nur hochpreisig. Es herrscht Wohnungsnot. Bezahlbarer Wohnraum wird allenfalls durch öffentlichen Wohnungsbau geschaffen. Auch die städtische GAG erfüllt diese Aufgabe nur unzulänglich. Fällig ist die gesetzliche Wiedereinführung der Wohnungsgemeinnützigkeit, die gemeinnützigen Gesellschaften



stellen. Aber er verstand sich nicht als Wohltäter. Er setzte zunächst auf eine stabile Nachfrage nach kleinen Wohnungen.“

Dokumentiert wird auch ein Artikel aus der Kölner Rundschau vom 27. Mai 1966, in dem Albert Speck als „Unternehmer mit Herz“ vorgestellt wird.

Just dieser Artikel findet sich, mit einem ironischen Papp-Herz versehen, auf einem der Tische vor der Schillingstraße 37-39. An einem anderen wird Monopoly gespielt. Es gibt Kaffee. Ein Kamerteam des WDR beleuchtet die Szene. Ein Flugblatt zitiert wörtlich aus den Kündigungsschreiben: „... da wir ansonsten bei Fortsetzung des Mietverhältnisses an einer angemessenen wirtschaftlichen Verwertung gehindert sind.“

Steuern erlässt.

Kalle Gerigk von „Recht auf Stadt“ ist



zufrieden über die Resonanz der bisherigen Aktionen. Aber es reicht noch nicht. „In einer Woche sind wir wieder da. Wir machen hier weiter – solange, bis sich das Unternehmen mit den gekündigten Mieterinnen und Mietern der Trajanstraße 10 über eine Ersatzwohnung geeinigt hat.“

Klaus Stein

Fahrverbote in Köln - noch in diesem Jahr?!

Mit unserer Gesundheit zahlen wir für die Krise von 2007!

Seit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 27.02.2018 ist klar, daß die Städte eine Rechtsgrundlage für die Erteilung von Fahrverboten für Diesel-PKW's haben. Denn unbestritten ist, daß es die Stickoxide aus den Dieselmotoren sind, die zu der Überschreitung des EU-Grenzwertes von 40 µg/m³ führen. Aber was heißt das für Köln?

Seit Oktober 2016 beriet ein „Runder Tisch Luftreinhaltung“ die Stadt, bestehend aus Vertretern der Wirtschaft, Logistik, von Umweltverbänden und Vertretern städt. Ämter. Am 06. Februar dieses Jahres wurde im Rat beschlossen, den aus mehr als 50 Einzelmaßnahmen bestehenden Katalog für die Fortschreibung des Luftreinhalteplanes der Bezirksregierung Köln einzuspeisen. Für reinen Wein sorgte aber das Auftragsgutachten der Firma AVISO: alle dort aufgeführten Maßnahmen reichen nicht aus! Fahrverbote sind also unausweichlich – und werden noch in diesem Jahr kommen.

Eine solche Klarheit würde man sich auch bei der Klärung von Verantwortlichkeiten wünschen: von „Dieselkrise“ und „Staatsversagen“ ist hier die Rede, wie auch vom „Versagen“ einzelner Politiker. Ein Untersuchungsausschuss des EU-Parlamentes stellte demgegenüber fest, daß im Nachgang der Fi-

nanz- und Wirtschaftskrise 2007 Überschreitungen beim Ausstoß von Stickoxiden bewusst geduldet wurden, um die Autoindustrie zu schonen; entsprechende Gesetze seien „flexibel“ gestaltet worden. Und die Deutsche Umwelthilfe kann nachweisen, daß sie seit 2007 das Kraftfahrzeugbundesamt auf die systematische Verbrauchertäuschung in bezug auf Dieselaabgase hin-



*Überall muß sich de Burschwastie erneste,
üverall ahnbaue, üverall eröm klamüsero
im mangelo.*

Illustration aus "Et kummenistische Manifeß",
Walter Stehling

wies – ohne Gehör zu erhalten.

Der Staat hat Emissionsnormen bewusst nicht kontrolliert; es handelt sich also nicht um „Staatsversagen“; im Gegenteil ... so funktionieren befasste

staatliche Organe in der BRD. Dieser Skandal ist damit ein Lehrstück und er delegitimiert: statt Schaden vom deutschen Volk abzuwenden wird unsere Gesundheit für die Profite der Konzerne und die Boni der Manager geopfert. Zugunsten der veralteten Dieseltechnik wird hier der Fortschritt durch etwa Elektromobilität und entsprechender Entwicklung aufgehalten –

Lenin schon brachte es 1916 auf den Punkt der „Fäulnis“ des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Dieser Skandal stellt aber auch keinen besonderen Bruch, sondern Kontinuität in der Erfahrung abhängig Beschäftigter dar; denn nur auf dem Papier gelten z.B. die Arbeitsschutzgesetze uneingeschränkt, der Mindestlohn genauso wie auch die Emissionsgrenzen für Stickoxide ...

In Köln wird jetzt auf den neuen Luftreinhalteplan der Bezirksregierung gewartet; wenn beispielsweise dann nur einzelne Straßen für Diesel-PKWs gesperrt werden, entsteht erhebliches Konfliktpotential bei Anwohnern in den (dann verstopften) Umgehungsstraßen. Diese Bürger gilt es zu unterstützen, wie auch die nun kalt enteigneten Dieselfahrer. *Volkmar*

TiSA - Angriff auf öffentliche Daseinsvorsorge und Arbeitnehmerrechte

Seit 2013 wird TiSA (Trade in Services Agreement) von einem aus 24 Parteien

bestehenden und geheim tagenden Gremium, das sich „The Really Good Friends of Services“ nennt, verhandelt. Verhandlungsziel ist ein Abkommen für das 21. Jahrhundert, welches über Jahrzehnte den Interessen der weltweit mächtigsten Unternehmen dienen soll. Die Lobbyisten der Unternehmen, genannt Team TiSA, werden von Technologiegiganten wie Microsoft, IBM und Google, globalen Logistik- und Trans-



portunternehmen wie DHL, FedEx und UPS sowie Finanzmogulen wie Citigroup und AIG dominiert. Sie haben privilegierten Zugang zu den Verhandlungsführern. Gesetzgeber, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in den TiSA-Ländern sind davon ausgeschlossen.

Das vorliegende Abkommen umfasst einen Kerntext, sowie etwa 18 Anhänge, die einzelne Sektoren abdecken: u.a. See-, Luft-, Straßengüterverkehr, Zustelldienste, Arbeitskräftemobilität, Finanzdienstleistungen und elektronische

schen Handel. Die sich aus dem Abkommen ergebenden Pflichten eines Landes können von anderen TiSA-Ländern vor Offshore-Schiedsgerichten durchgesetzt werden, deren Schiedsrichter keine Handelsexperten und Berufsrichter sein müssen. Bei Verstoß gegen die Regeln des Abkommens können einem Land Schadenersatzzahlungen in Milliardenhöhe drohen.

So können mit TiSA Umwelt- und Verbraucherschutz- sowie Sozialstandards abgeschafft werden – also demokratisch beschlossene Regelungen und Vorschriften, die den Gewinninteressen privater Dienstleistungsunternehmen im Wege stehen. Trotz der Erfahrungen aus der Finanzkrise ist eine weitere Liberalisierung der Finanzmärkte geplant. Auch der digitale Handel, Telekommunikation und Transport sind in die Verhandlungen miteingeschlossen.

Gerade auch öffentliche Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, wie Gesundheits-, Wasser-, Energieversorgung und Bildung sollen privatisiert werden.

Die Folgen der Privatisierungen in den vergangenen Jahrzehnten waren schlechtere Leistungen und höhere Gebühren

für die BürgerInnen, Verlust von Arbeitsplätzen, Senkung des Lohnniveaus, Sparen an der Infrastruktur und damit auch der Sicherheit.

Immer mehr Kommunen und auch Staaten versuchen, den teuren Irrweg der Privatisierung rückgängig zu machen und ihre Unternehmen wieder zurückzukaufen. Berlin und Paris z. B. haben ihre Wasserbetriebe zurückgekauft und London betreibt seine U-Bahn wieder öffentlich.

TiSA versucht Regelungen festzulegen, wonach einmal erfolgte Privatisierungen nicht mehr rückgängig gemacht werden können: einmal privatisiert, immer privatisiert. Dienstleistungen, die in Zukunft privatisiert werden, würden automatisch Vertragsbestandteil und dürften ebenfalls nicht wieder in die öffentliche Hand zurückgeführt werden.



Dies wäre ein massiver Angriff auf das Gemeinwohl und die Entmachtung demokratischer Institutionen zum Nutzen großer Konzerne und zum Schaden für die Bürger/innen.

Daher müssen wir unseren Widerstand nochmals verstärken und auf die Bedrohungen durch die Freihandelsabkommen hinweisen, unabhängig davon ob sie TiSA, CETA, TTIP, JEFTA, EPA heißen. *Wolfgang Reinicke-Abel*

GroKo 3:0 Kapital hat gewonnen - Wähler hat verloren

Der Selbsterhaltungstrieb der SPD-Granden gab den Ausschlag. Die befürchteten Neuwahlen (SPD-Prognosen 16 %) galt es zu vermeiden, besser der Wähler trägt den Schaden davon, merkt es hoffentlich gar nicht. Z.B. Welchem Bürger oder SPD-Genossen fiel der Handel Gabriel - von der Leyen auf, die Truppenstärke der Bundeswehrmacht in Afghanistan um ein Drittel zu

erhöhen? Wohlgemerkt, als Ergebnis einer Koalitionsverhandlung und nicht militärischen, gar politischen Erfordernissen geschuldet.

Waren es 2013 noch Mindestlohn und abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren, waren diesmal schon allein die Ergebnisse der GroKo-Verhandlungen dürrtiger (und das zu Beginn einer nochmals schütterten Umsetzung):

Die wichtigsten Punkte:

- Armutsrentnerinnen und -rentner mit 35 Beitragsjahren sollen einen Zuschuss erhalten.

Die deutschen Renten sind seit der Einführung eines Punktesystems unter der rosa-olivgrünen Regierung Schröder im Jahr 2001 stark gesunken. Das Ergebnis war ein Rückgang der Bruttoleistung auf etwa 47% im Vergleich zum Bruttolohn. Dies führte zu großer Armut bei deutschen Rentnern. SPD und CDU / CSU haben sich nun darauf

geeinigt die Quote bis 2025 bei 48% zu halten. Die Alten wird es nicht aus der Armut herausführen.

- Der Beitrag zur Krankenversicherung soll hälftig von Unternehmen und Beschäftigten gezahlt werden.

Die SPD hat sich während des Wahlkampfes dafür einge-



S'agen's ganz klar und deutschlich: "Ein neuer Aufbruch für Europa", "Eine neue Dynamik für Deutschland"

setzt, anstelle eines öffentlichen und eines privaten Versicherungssystems eine einzige öffentliche Krankenversicherung einzuführen. Sie wollten die "Zwei-Klassen-Medizin" abschaffen und eine sogenannte "Bürgerversicherung" einführen. In der Vereinbarung finden wir jetzt davon nur die Absicht, zu einer gemeinsamen Finanzierung (gleiche Beiträge für Arbeitnehmer und Arbeitgeber) zurückzukehren.

- Die Rückkehr von Teil- in Vollzeitbeschäftigung soll erleichtert werden.

Auf dem Arbeitsmarkt gibt es weiterhin die Jagd auf Arbeitslose sowie Minijobs und Sanktionen des Hartz-IV-Systems. Wenn die Lohnabhängigen arbeitslos werden, riskieren sie in den Niedriglohnsektor abzurutschen. Für Arbeiter mit unbefristetem Arbeitsvertrag führt dieser Niedriglohnsektor zu zusätzlichem Druck auf die Löhne. Die Kritik an Hartz IV nimmt ständig zu, doch in der Vereinbarung finden wir hierzu keine Änderungen.

- Die anlasslosen Befristungen von Arbeitsverhältnissen sollen etwas eingedämmt werden.

Wie im Neoliberalismus durchaus üb-

lich, fielen nach dem schlechten Ergebnis die Boni diesmal (u.a. Außen-Arbeits- und Finanzministerium) für die SPD dafür etwas üppiger aus. Es ist leicht einsichtig, dass sich die so belohnten schwer tun werden gegen ihre Gönnerin sozialdemokratisches Gewicht aufbringen zu wollen.

Arbeitsminister wird Hubertus Heil, der unter Schröder die "Agenda 2010"00 verfochte, in deren Umsetzung viele Sozialdemokraten ihre Partei nicht mehr wiedererkannten und austraten.

Umweltministerin wird Svenja Schulze, langjähriges Mitglied der kohlefreundlichen Bergbaugewerkschaft IG BCE - ob sie ihren Kollegen sagen wird, was die (Umwelt-)Stunde geschlagen hat und dass es nur MIT den erneuerbaren Energien im Revier eine Zukunft geben wird?

Erstmals erwähnt ein deutscher Koalitionsvertrag zwar die Notwendigkeit aus der Kohleverstromung auszuweichen – auf einen Fahrplan dafür wollte man sich aber nicht festlegen. Nicht einmal auf die Abschaltung der dreckigsten Kraftwerke innerhalb der nächsten Jahre konnten sich die Koalitionäre einigen. Diese Mutlosigkeit ist fatal, denn wir haben keine Zeit mehr, den Klimaschutz noch weiter auf die lange Bank zu schieben.

Auch in der Atompolitik gibt es mit der GroKo keinerlei Fortschritte.

Impressum:

Herausgeber:

Gruppenvorstand der DKP Köln-Innenstadt

Eigendruck

Kontakt:

vorstand@dkp-koeln.de

V.i.S.d.P.: Walter Stehling,

Bayenstraße 11, 50678 Köln



Angela Merkel am 14. September 2017

Die Klimaziele für 2020 wurden bei den Verhandlungen geopfert; diese von ihnen so benannte "Handlungslücke" soll "so schnell wie möglich" geschlossen werden, aber - hierzu wurden weder Wege gefunden noch Handlungen festgelegt!

Wenn es um Hochrüstung und Kriegspolitik geht, wird die Koalitionsvereinbarung auf einmal sehr konkret. Die Rüstungsindustrie soll „konsolidiert und gefördert“, die Bundeswehr mit Drohnen ausgerüstet und die Truppenkontingente in Mali und Afghanistan erweitert werden; eine "Ständige Strukturierte Zusammenarbeit im militärischen Bereich" (PESCO) wurde festgeschrieben und ein neues Instrument des Europäischen Verteidigungsfonds wurde aufgelegt.

Der größte Teil der Vereinbarung, nämlich die Europäische Union zu „re-

formieren“ und zu „stärken“ geriet zu 100 % im Sinne der deutschen Industrie- und Finanzunternehmen.

Es gäbe in der Tat genügend Geld für echte Investitionen. Die großen deutschen Unternehmen haben ein erfolgreiches Jahr hinter sich gebracht, die Exporte boomen weiterhin. Der Handelsbilanzüberschuss im Jahr 2017 beträgt mehr als 38 Milliarden Euro. Doch SPD und CDU / CSU haben sich entschieden, dass diese Gewinne nicht dazu genutzt werden, die öffentliche Dienstleistungen zu verbessern, die Renten langfristig zu erhöhen und zu sichern oder alternative, sprich klimaneutrale Energiegewinnung massiv zu fördern. Im Gegensatz dazu sprechen sie davon, dass es keine Steuererhöhungen geben wird, insbesondere keine Reichen- oder Millionärssteuer. Die deutschen Großunternehmen können zufrieden sein. Dieter Kempf, Präsident des BDI, definierte die Rahmenbedingungen für die neue Regierung deutlich. „Ich erwarte von der künftigen Regierung, dass sie dem freien Handel und einer florierenden Weltwirtschaft keine Steine in den Weg legt.“

Raimund

Frau Nahles kickt



Steine ...

Unser nächster Gruppenabend:
3. Dienstag im Monat, 19:30 Uhr
Freidenkerzentrum Bayenstraße 11

Schau doch mal vorbei!